

Bundestag

Contergan-Opfer: Koalitionsbeschluss rasch umsetzen

Nach der Zusage der Koalitionsspitzen, mit zusätzlichen Finanzmitteln die Lage von Contergan-Geschädigten zu verbessern, haben die Betroffenen ein rasches Anlaufen der Hilfen gefordert.

Nach der Zusage der Koalitionsspitzen, mit zusätzlichen Finanzmitteln die Lage von Contergan-Geschädigten zu verbessern, haben die Betroffenen ein rasches Anlaufen der Hilfen gefordert. Die angekündigten Gelder von 120 Millionen Euro seien "eine kleine Revolution", sagte Christian Stürmer vom Contergan-Netzwerk Deutschland nach Angaben des Bundestags in einer Anhörung des Familienausschusses. Die Abgeordneten müssten nun ihrer Verantwortung nachkommen, forderte er schnelle Entscheidungen zugunsten der Opfer.

CDU, CSU und FDP hatte sich am Donnerstag bei ihrem Spitzentreffen darauf geeinigt, das Geld für die Aufstockung von Renten und zusätzliche medizinische Leistungen für Contergan-Geschädigte zur Verfügung zu stellen. Einen genauen Zeitplan für die Anweisung der Mittel gibt es noch nicht. Darüber werde auf dem üblichen Wege der Haushaltsaufstellung entschieden, sagte ein Sprecher des Familienministeriums in Berlin lediglich.

Das Schlaf- und Beruhigungsmittel Contergan war in Deutschland von 1957 bis 1961 rezeptfrei vertrieben worden. Sein Wirkstoff Thalidomid führte bei insgesamt bis zu 12.000 Kindern, davon allein rund 5000 in Deutschland, zu dauerhaften Schädigungen wie schwerwiegenden Fehlbildungen an den Gliedmaßen.

Über die Folgen der daraus resultierenden körperlichen Extremlastungen berichteten derweil mehrere Contergan-Geschädigte in einer Sitzung des Familienausschusses. Um ihren Alltag überhaupt erträglich gestalten zu können, sei sie auf starke Schmerzmittel angewiesen, sagte die Dressur-Reiterin Bianca Vogel. Schon das Aufstehen sei für ihn wie ein Marathonlauf, sagte Udo Herterich vom Interessenverband Contergangeschädigter Nordrhein-Westfalen. "Unsere Lebensqualität entspricht heute der eines 85-Jährigen."

Der Rechtsanwalt Oliver Tolmein bezeichnete den vom Koalitionsausschuss in Aussicht gestellten Betrag von 120 Millionen Euro als willkürlich festgelegt. Der von der damaligen Bundesregierung mit dem Conterganstiftungsgesetz angestrebte Rechtsfrieden sei nicht erreicht worden. Der Experte für Behindertenrecht forderte materielle Verbesserungen für die Opfer, die Betroffenen müssten zudem stärker in Entscheidungen einbezogen werden.

Dieser Artikel aus der Kategorie **Politik** wurde von AFP am 01.02.2013, 18:56 Uhr mit den Stichwörtern **Deutschland, Bundestag, Gesundheit, Medikamente, Behinderte**, veröffentlicht.